

Ercheint täglich
früh 8 1/2 Uhr.

Schreiben und Expedition
Johannisgasse 39.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Abtheilungen für Zus. Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Böhm, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kasslage 15,300.

Abonnementpreis vierteljährlich 1/2 Rthl.,
incl. Postgebühren 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Rthl.,
mit Postbeförderung 45 Rthl.
Zuletzt 5 Gsch. Zeitungs 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellendruck
Satz nach höherem Tarif.
Klammern unter den Buchstaben
die Spaltenzahl 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung penonnumerando
oder durch Postvorschuß.

No 65.

Mittwoch den 6. März 1878.

72. Jahrgang.

Im Monat Februar 1878 erhielten das hiesige Bürgerrecht:

- Herr Lindenbaum, Albrecht Julius, Kaufmann.
- Waldner, Wilhelm Albert Andreas, Schneider.
- Schwarzopf, Andreas Gottfried Friedrich, Schänkwirth.
- Strigel, Friedrich Bernhard, Kaufmann.
- Stankovsky, Franz, Schneider.
- Freder, Paul Albert, Kaufmann.
- Hleib, Valentin Julius Adolph Ferdinand, Kaufmann und Hausbesitzer.
- Frank, Karl Christian, Kaufmann.
- Kadmar, Joseph, Stellmacher.
- Krehschmar, Franz Emil, Agent.
- Sebbardi, Carl August, Agent.
- Laur, Christian Robert Albin, Kaufmann.
- Frank, Ernst Bernhard, Schieferdeckermeister.
- Wede, Gottlob August, Getreidehändler.
- Weiß, Rudolph, Kaufmann.
- Wader, Arthur Louis Curt, Kaufmann.

- Herr Dammer, Karl Hermann Louis, Portefeuille-Fabrikant.
- Levy, Max, Kaufmann.
- Müller, Karl Ernst, Schneider.
- Fleischig, Paul Emil, Dr. med. und Professor an hiesiger Universität.
- Baensch, Albert Richard Ernst, Kaufmann.
- Groschupf, Bernhard Louis Theod. Gottfried, Kaufmann.
- Seelig, Jacob Heinrich, Kaufmann.
- Schreiber, Johannes Conrad Emil, Kaufm.
- Kalisch, Friedrich Julius Theod., Schriftföhrer.
- Jäger, Robert Louis, Kaufmann.
- Gaudlis, Emil Bernhard, Lehrer.
- Ludwig, Wilhelm Georg, Lithograph.
- Rabe, Friedrich Wilhelm, Hausmann.
- Roth, Christian Gottlieb, Hausmann.
- Bimmermann, Friedrich Wilh., Rathsdienet.

Im Monat Februar sind vom Stadtrath angestellt worden:

als Controleur bei der Stadtsteuereinnahme: Franz Hermann Seidel; als Schulaufwärter: Hermann Schühboldt; als Expedient beim Vorterbef: Georg Hermann Drehler; als Rathsdienet Richard Löwenberg Brüdner.

Leipzig, 5. März.

Was im russisch-türkischen Friedensver-
trage steht, darüber ist etwas Positives und
Authentisches bis zur Stunde noch nicht bekannt.
Doch verlautet so Mancherlei über die Punkte, die
nicht darin enthalten sind und diese negativen Auf-
schlüsse haben durchweg etwas ungemein Verhängendes.
Rusland legt die Summe, die es als Kriegskosten-
entschädigung verlangt, auf ein billiges Maß herab;
das ist eine gute Botchaft für die Gläubiger der
Türkei, die außer in Frankreich besonders dicht in
England und Oesterreich sitzen. Es fordert nicht
die Abtretung eines Theils der türkischen Panzer-
flotte und nicht die zeitweilige Ueberlassung des
egyptischen Tribut; den Engländern ist damit ein
Aly vom Herzen genommen. Das neue Fürstenthum
Bulgarien, auf dessen Tribut Rusland gleich-
falls keinen Anspruch erhebt, soll zwar über den
Balkan hinübergreifen, die griechischen Provinzen
aber drauhen lassen und weder Salonichi noch
Adrianopol einschließen. Daß Serbien auf Kosten
Bosniens gar nicht oder doch nur sehr unbedeutend
vergrößert werden soll, wurde schon früher ge-
meldet, und so dürfte denn auch Oesterreich über
Mangel an Rücksicht nicht zu klagen haben. Ueber
die Darbanellenfrage, über die in Bosnien einzu-
richtende Autonomie, über die Neugebaltungen in
Bulgarien und dessen Stellung zur Pforte, über
die rumänisch-bessarabische Angelegenheit und die
damit zusammenhängende Frage der freien Donau-
schiffahrt wird man sich auf der Conferenz zu einigen
haben, deren Zustandekommen Rusland selbst jetzt
betreiben wird, da es, wie es einräumt, für die
gültige Abänderung des Pariser Vertrags von
1856 des europäischen Siegels bedarf. Die Er-
folge Ruslands mögen in England und Oesterreich
verstimmten; aber sie stehen einmal als vollendete
Thatsachen da und ziehen mit eiserner Logik ihre
Consequenzen. Wollen jene Mächte die Consequen-
zen, die Folgerungen befehlen, so müssen sie vor-
erst die Prämisse, die Voraussetzung umstoßen; sie
müssen Ruslands Erfolge rückgängig machen, und
das können sie nur mit dem Schwerte in der
Hand. Sie werden sich aber hüten, sich wegen
etwa in ferner Zukunft drohender Gefahren, wegen
eines Wehr oder Minder in den russischen For-
derungen — sobald diese ihre Lebensinteressen
nicht direct angreifen — in einen unabsehbaren
Krieg zu stürzen; in einen Krieg, der im
allergeringsten Falle mit der Wiederaufrichtung
der Türkei, mit der künstlichen Zusammenleimung
eines durch und durch brüchigen Zustandes enden
würde, der über kurz oder lang zu einem neuen
Kriege führen müßte. Es bleibt also dabei, daß
Fürst Bismarck Recht hatte, als er in der Orient-
debatte des Reichstages die Unwahrscheinlichkeit
eines Weltkrieges darlegte. Die Kämpfungen in
England und Oesterreich haben die Bedeutung
einer Prellion, die schon jetzt bei den Friedensver-
handlungen ihre Wirkung gethan und namentlich
auch auf der Conferenz zu spüren sein wird. Es
ist auch recht gut, wenn die siegesdrunkene Militair-
partei in England weiß, daß es noch andere
Mächte in Europa giebt, die trotz aller Friedens-
liebe und Geduld doch im Nothfalle bereit sind,
ihren Daumen auf Auge zu drücken. Um so
leichter wird die Conferenz zur Verständigung
kommen und hoffentlich einen recht dauerhaften
Frieden für Europa ausarbeiten. Brauchen
können wir ihn wahrlich recht sehr.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 5. März.

Das Gerücht ist unermüßlich in der Aufstellung
von Candidaten für die Nachfolgerschaft Cam-
phausen's. Unter den vielen Namen, die in dieser
Beziehung genannt werden, wird besonders der des

Oberpräsidenten von Posen, Günther, betont, der
auch im Präsidium der Seehandlung Camphausen's
Nachfolger war. Herr Günther befindet sich augen-
blicklich in Berlin und Dies mag jenem Gerüchte
scheinbar eine gewisse Unterlage geben. Die An-
wesenheit des Oberpräsidenten in Berlin hat jedoch
nur die Theilnahme an den im Ministerium des
Inneren stattfindenden Conferenzen über eine Kreis-
und Provinzialordnung für Posen zum Zweck. Es
wird überhaupt zuverlässig berichtet, die Dinge
seien noch nicht so weit gediehen, als daß man
schon jetzt eine bestimmte Persönlichkeit als Nach-
folger Camphausen's ins Auge fassen könnte und
die zur Zeit umlaufenden Gerüchte entbehren jedes
Begründung. Abgeordnete, die der letzten parla-
mentarischen Sesssion beim Reichstag anwesend
haben, bestätigen, der Kaiser habe das Cam-
phausen'sche Entlassungsgeheuch dilatorisch behandelt,
d. h. für's Erste vor einem entscheidenden Reichs-
tagsbeschlusse in der Steuerfrage, einen ausschlag-
gebenden Grund zum Rücktritt des Finanzministers
nicht anerkannt.

Die „Nat.-Ztg.“ meldet: Der Präsident des Ober-
Rathes, Dr. Herrmann, ist aus Hannover
nach Berlin zurückgekehrt. — Der Abg. v. Bennigsen
hatte am Sonntag eine längere Zusammenkunft
mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck. — Be-
züglich des Rücktrittes des Herrn Finanzministers
Camphausen schreibt die „Kreuzzeitung“: „Man
glaubt bestimmt annehmen zu sollen, daß der Fi-
nanzminister zurücktreten und daß dann seine Stelle
sofort definitiv besetzt werden wird.“ In Abgeord-
netenkreisen wurde der dem Herrn Finanzminister
vom Kaiser ertheilte Bescheid als eine Annahme
der Demission mit Rücksicht bis zur Ernennung des
Nachfolgers gedeutet. Ueber den eventuellen Nach-
folger laufen eine Reihe von Gerüchten um; die-
selben entbehren jedoch nach unseren Informationen
bislang jeden positiven Anhalt. — Die national-
liberale Fraction des Reichstages hielt eine
Sitzung ab, in welcher den autonominischen Ab-
geordneten Ullrich-Pottringens Gelegenheit gegeben
wurde, ihre Ansichten über die zukünftige Verfas-
sung des Reichslandes zu entwickeln.

Nationalliberale Abgeordnete bestritten entschie-
den die Wahrheit der Ritttheilung, wonach der
Kaiser am Freitag bei Hofe Bennigsen seine
Abneigung gegen Veränderungen im Ministerium
kundgegeben haben soll. Derselbe Berliner Corre-
spondent des „Hamburger Correspondenten“, wel-
cher jene Nachricht verbreitet hat, wirft jetzt der
nationalliberalen Partei an der Hand der Kenn-
niß der nationalliberalen Fraktionsverhandlungen
„politische Heuchelei“ vor, insofern sie sich durch
das Monopolproject des Reichskanzlers überrascht
gestellt habe. Es berührt peinlich, daß der Ver-
breiter der beiden vorgenannten „Enthüllungen“
kein Anderer ist, als der zweite Redacteur der
„National-Zeitung“, Herr Klöppel.

Die deutsche Reichspartei beabsichtigt, wie
ihre Organ mittheilt, in der Budgetcommission und
eventuell im Plenum des Reichstages einen Antrag
einzubringen, durch welchen die Tabaksteuer-
vorlage abgelehnt und der Reichskanzler ersucht
würde, die notwendigen Ermittlungen anstellen
zu lassen, welche Art der Besteuerung des Tabaks
sich als die zweckmäßigste erweise, um die eigenen Ein-
nahmen des Reiches in einer die erstrebte Steuer-
reform ermöglichenden Weise zu vermehren. Der
Reichskanzler soll zugleich ersucht werden,
die zu diesem Zwecke etwa nöthigen vorbereitenden
Gesetzesvorlagen noch in der gegenwärtigen Reichs-
tagssession zu machen. Die deutsche Reichspartei
will also, wie man sieht, thun, was die Regierung,
wie neulich an der Hand der Camphausen'schen
Ausführungen nachgewiesen, hätte thun sollen.
Im Allgemeinen wird sich Nichts dagegen einwenden
lassen, daß die betreffenden Erhebungen angestellt
werden. Indes, wenn dies auf Grund einer An-

regung des Reichstages geschehen soll, so wird doch
zu erwägen sein, daß in der diesbezüglichen Reso-
lution eine ausgiebige Besteuerung des Tabaks nicht
allein als die Vorbedingung der Steuerreform
bezeichnet werden kann.

Die nationalliberale Fraction hat über Ver-
besserungsanträge zu der Stellvertretungs-
vorlage berathen, die vornehmlich für die zweite
Lesung eingebracht werden sollen. Die Richtung
geht, wie man hört, namentlich dahin, daß die
Institution des Vizekanzlers, welche der §. 1 be-
stimmt, eine gewisse Form mehr obligatorische,
jedemfalls dauernde Form erhalte, also nicht nur
in Fällen der Behinderung eintreten und mit der-
selben wieder verschwinden würde. Der Wunsch
nach einer solchen dauernden Einrichtung war auch
schon, wie erinnertlich, hervorgetreten, als die ur-
sprüngliche Vorlage an den Bundesrath gelangte.
Von einigen Seiten soll gewünscht worden sein, im
§. 2 die einzelnen Amtszweige für welche die Stellver-
tretung eintreten kann, näher zu präcisiren, oder
unter Anerkennung, daß die Aufsichtsbefugnisse nur von
dem Kanzler und dem Vizekanzler wahrzunehmen
seien, die Definition dieser Amtszweige in §. 2
wegzulassen. Doch wurden gegen eine derartige
Abänderung des §. 2 auch Bedenken erhoben, mit
dem Hinweis, daß die Motive zu dem Gesetzentwurf
die nöthigen Anhaltspunkte darbieten. Der §. 3,
welcher dem Reichskanzler gewisse Geschäfte vorbe-
hält, wurde mehrfach als in seiner Fassung nicht
glücklich und im Grunde überflüssig angesehen.
Das Letztere war, wie es hieß, auch im Bundes-
rath von einigen Seiten ähnlich bemerkt worden.
Schließlich wird an der Annahme des Gesetzentwurfs,
auf dessen Verbesserung die National-Liberalen mög-
lichst hinwirken werden, nicht gewisfelt. Die zweite
Lesung wird wahrscheinlich ebenfalls im Plenum
stattfinden.

Es fehlt nicht an Finanzkünstlern (so schreibt
man der „Frankf. Ztg.“), welche der Regierung
aus der Verlegenheit helfen wollen und deshalb
eine neue Art der Tabakbesteuerung vorschlagen.
So schlägt z. B. Jemand vor, man solle Alles
beim Alten lassen und nur eine Raucher-
besteuerung in der Weise einführen, daß Jeder,
der raucht — und natürlich auch schnupft und
laut — sich am Anfang des Jahres dazu für das
laufende Jahr eine Erlaubniskarte gegen Erlegung
von 3 Mk. lösen soll. Rechnet man in Deutschland
10 Millionen Raucher, so würden dadurch gerade
die 30 Millionen, welche die Regierung verlangt,
aufgebracht werden. Es müßte dann also jeder
Raucher, so wie jetzt die Jäger ihre Jagdkarten,
künftig seine Rauchkarte (!) bei sich führen, falls er
sich nicht einer Befragung wegen Steuerbefreiung
aussetzen will, und da es besonders in großen
Städten mit vielen Polizeibeamten lässig werden
könnte, alle paar Minuten nach der Rauchkarte
gefragt zu werden, so würde es sich als zweckmäßig
empfehlen, dieselbe sichtbar am Hut oder vielleicht
auch am den Hals zu tragen. Vielleicht sollen
auch der Controle wegen die Cigarren- und Ta-
balverläufer darauf vereidigt werden, daß sie Nie-
mandem ihre Waare verkaufen, der sich nicht durch
eine Steuerquittung als rauchberechtigt legitimirt!

Eine neue Brochure gegen Fürst Bismarck ist
in Berlin erschienen, die an die Debatte über die
Stellvertretung des Reichskanzlers anknüpft, vor-
züglich aber darauf berechnet ist, dem Fürsten
Bismarck in der „liebentwürdigsten“ Form einige
Maliceen zu sagen. Die Brochure führt den Titel:
„Aus Anlaß einer Postkammer-Audienz. Das
Stellvertretungsrecht und die Zukunft Deutsch-
lands.“ Kritische Betrachtungen von P. S.
Eudonym.“ Die Autorchaft des Herrn von
Loe in Paris ist nach der Schreibweise kaum
zu verkennen. Die Brochure geht von der
Aussage aus, welche der neue französische Bot-
schafter, Graf St. Vallier, gelegentlich der Ueber-

reichung seiner Creditive beim deutschen Kaiser ge-
habt hat, bei der er sagte, daß er Repräsentant
sei „Frankreichs, das im Besitze einer republikani-
schen, parlamentarischen, conservativen und liberalen
Verfassung sei“. Der Verfasser wundert sich zwar
darüber, daß der Botschafter die Gelegenheit benutzte
habe, einen kleinen Discours über die französische
Verfassung zu halten, aber er ergeht sich zu-
gleich in Conjecturen, was wohl die Botschafter
anderer Länder bei einer solchen Gelegenheit sagen
konnten. „Der englische Botschafter hätte eine
leichte Aufgabe. Er könnte sagen: „England, eine
neutrale Macht während des Krieges, furchtbar
kriegreich nach geschlossenem Frieden, im Besitze
einer monarchischen und parlamentarischen Ver-
fassung, die den Frieden des Hauses und die Frei-
heit des ärmsten Staatsbürgers sichert, während
die Verfassung des Kaiserreichs nur die Freiheit
eines großen Herrn garantirt.“ Auch der öster-
reichische Botschafter könnte sich leicht auf der
Verlegenheit ziehen: „Oesterreich, eine zweifelhafte
parlamentarische Monarchie, in solcher Weise sich
stützend auf seine geographische Nothwendigkeit.“
Dem russischen Gesandten würde seine Regierung
die Sache erleichtern. Er würde sagen: „Da
Rusland weiß, was es will, so hat mein Kaiser mir
unter sagt, von seinen Wünschen zu reden.“ Unleider
aber wäre die Schwierigkeit für einen Botschafter des
Kaisers von Deutschland. Es würde ihm schwer sein,
eine Definition der Reichsverfassung zu geben,
schwerer wird er hinauskommen über die ersten
Wörter: „Deutschland, im Besitze... im Besitze —
von was?“ — Dann aber müßte er fortfahren:
„im Besitze einer Verfassung, die weder monarchisch,
noch parlamentarisch, weder conservativ, noch
liberal, aber hervorragend dictatorial ist, gegründet
auf die Achtung, die man einem glorreichen und
ehrwürdigen Herrscher schuldig ist, sich stützend auf
einen legendenschreibenden Kanzler, der durch die
Last der Jahre und seine Täuflungen erschöpft,
und durch den ewigen Kampf gegen unaufhörliche,
aber eingebildete Verschwörungen abgenutzt ist.“

Zum Schluß werden gewisse Vorschläge zur
Umgestaltung der Reichsverfassung gemacht und
es heißt dann am Ende der gesammelten Aus-
führungen wie folgt: „Man wird vielleicht die vor-
stehenden Ausführungen als einen Angriff auf den
Reichskanzler deuten wollen. Nichts wäre falscher.
Was man auch gegen den Reichskanzler sagen und
was man auch gegen ihn auf dem Herzen haben
möge — es wäre tödlich, kindisch und unpatrio-
tisch, sich von persönlichen Gefühlen zur Ver-
leumdung der Thatsache verleiten zu lassen, daß
ohne den Reichskanzler die Schöpfungen von 1866
und von 1871 an ihren eignen Widerprüchen zu
Grunde gegangen wären. Eine principielle, auf
das Interesse des Reiches gegründete Opposition
gegen den Kanzler würde erst dann berechtigt
sein, wenn es sich herausstellen sollte, daß seine
Person das Hinderniß allgemein verständlicher und
nicht von dem Befinden oder dem Leben eines
Einzelnen abhängiger Institutionen ist.“ Das
ist der „kleine Krieg“, den dem Fürsten Bismarck
seine „intimen Feinde“ von Paris und sonst woher
machen.

Nach amtlicher Feststellung sind bei der anber-
reiteten Wahl eines Reichstagsabgeordneten
im 3. Kasseler Wahlkreise (Friglar, Domburg,
Ziegenhain) im Ganzen 5887 Stimmen abgegeben
worden. Hiervon erhielt der bisherige Reichstags-
abgeordnete Geh. Regierungsrath Dr. Behren-
sen (nat.-lib.) 4086, Landrath Wegrauch in
Kassel (conserv.) 1145, Landrath v. Schwabe in
Friglar 597 Stimmen. Der nationalliberale Can-
didat ist sonach trotz seines Eintritts in die Re-
gierung mit großer Mehrheit wiedergewählt.
Der jetzt in Berlin weilende Kronprinz Rudolf
von Oesterreich fuhr am Sonntag Nachmittags,
nachdem derselbe zuvor den hohen Reichskanzler